



### Frage 1: Allgemeine Auftaktfrage

*Schüler\*innen und Eltern sollten Sie zur Oberbürgermeister\*in, weil ...?*

- ich als amtierende Samtgemeindebürgermeisterin von Amelinghausen Erfahrungen im gesamten Spektrum dieses Amtes (von den Verwaltungsstrukturen über Feuerwehr bis Schule und Kita) mitbringe und gleichzeitig Berufserfahrungen aus der Wirtschaft und der Wissenschaft nutzen kann;

- ich als Realistin nur ehrliche Zusagen mache, hinter denen ich stehe und für deren Umsetzung ich mich mit aller Kraft einsetzen werde;

- ich als Person ehrlich und offen agiere. Das bedeutet, dass ich auch als Pragmatikerin träumen kann, mich mit Utopien beschäftige und mir gerne im Gespräch mit Menschen, insbesondere den Kindern und Jugendlichen, Impulse für meine Arbeit hole.

### Frage 3: Digitalisierung und IT-Koordination

Im Rahmen der Digitalisierung benötigen Schulen fachliche Unterstützung bei der Betreuung der IT-Infrastruktur. Landkreis und Stadt haben hierfür Stellen ausgeschrieben, die bisher aber nicht alle besetzt werden konnten. (Dies könnte an der verhältnismäßig geringen Entgeltstufe liegen, die der Tarifvertrag für diese Stellen vorsieht.)

*Wie stellen Sie sicher, dass die Stadt ihrer Aufgabe als Schulträger schneller nachkommt, für die IT-Unterstützung der Schulen zu sorgen?*

Die derzeitige Praxis, dass versierte Lehrkräfte die IT-Betreuung übernehmen und dafür eine Stundenentlastung bekommen, ist schädlich für alle. Kleine Grundschulen haben diese IT-Kapazitäten häufig nicht in ihren Reihen und werden von der Digitalisierung abgehängt, die Unterrichtsversorgung wird dadurch schlechter und das voneinander Lernen wird nahezu unmöglich. Ich möchte als Sofortmaßnahme einen Runden Tisch mit Beteiligten aus den Schulen zum Austausch über die Fortschritte, Systeme und spezielle Bedarfe terminieren, um den Prozess sowohl qualitativ als auch ablauforganisatorisch besser zu steuern. Mittelfristig muss dafür gesorgt werden, dass in allen Lüneburger Klassenräumen verlässliches WLAN und eine zeitgemäße IT-Ausstattung für Lehrkräfte und Schüler\*innen vorhanden sind. Dabei kann es Pilotschulen geben, die mit ihren Erfahrungen dann beim Runden Tisch die Entwicklung vorantreiben. Umfängliche Fortbildungen für alle Beteiligten und die Pflege der Grundausstattung sollen dezentral über EDV-Administratoren an jeder Schule erfolgen. Ggf. können sich benachbarte kleinere Schulen auch eine Administration teilen, aber es ist wichtig, die Kompetenz vor Ort zu haben. Die Digitalisierung unserer Schulen muss möglichst schnell die Hürden der Vergangenheit überwinden und zu einem Paradebeispiel für andere niedersächsische Städte werden. Das kostet Geld. Natürlich.

### Frage 5: Jederzeit kostenloser ÖPNV für Schüler für Bildungsgerechtigkeit und Klimaschutz

Klimaschutz ist eine der wichtigsten Aufgaben von Politik und Wirtschaft. Ein funktionierender, gern angenommener ÖPNV anstelle von Individualverkehr ist hierfür ein wichtiger Baustein; gute Erfahrungen mit dem ÖPNV schon in jungen Jahren sind ein wichtiger Teil der Verkehrserziehung. Dafür ist es wichtig, dass Schüler diesen gut, kostenlos und beliebig oft nutzen können, um Bildungsangebote - auch außerschulische - nutzen zu können oder um sich in Lerngruppen treffen zu können. Und das unabhängig von Alter und Schulform, unabhängig von Wohnort, Zeiten, Strecken und Tarifzonen!

*Wie stehen Sie zur Forderung der Eltern, eine solche kostenfreie Beförderung für alle Schüler\*innen bis zum Ende der Schullaufbahn noch im Schuljahr 21/22 zu ermöglichen?*

Die Forderung der Eltern kann ich sehr gut verstehen. So sollte es sein. Und gleichzeitig bin ich Pragmatikerin genug, um hier keine leeren Versprechen zu geben: Eine so zügige Umsetzung wird kaum möglich sein. Dennoch sind die Grünen aus genau den von Ihnen genannten Gründen für den Ausbau des ÖPNV - gerade auch kostenlos oder zumindest deutlich kostengünstiger für unsere Schüler\*innen. Die Grünen bisherigen Anträge dazu sind im Landtag von der Schwarz-Roten Koalition leider abgelehnt worden! Als Oberbürgermeisterin habe ich zwar keine Entscheidungsbefugnis für den Schüler\*innentransport, werde mich aber in Gesprächen mit dem Kreis für eine deutliche Verbesserung der Situation einsetzen. Mein Ziel ist - ebenso wie das Ihrige - eine kostenlose Schüler\*innenbeförderung und zwar möglichst rasch. Mein Mobilitätskonzept sieht zudem eine Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken vor z.B. nach Amelinghausen und Bleckede. Mit allen Zwischenstopps könnte dies für betroffene Schüler\*innen eine durchaus zeitsparende und komfortable Beförderungsmöglichkeit sein. Und natürlich sollte es auch hier ein kostenloses Angebot für die Schüler\*innen geben.

### Frage 7: Bauliche Herausforderungen/Sanierungsstau

Die letzten Jahre war der Schulbau geprägt vom Anknüpfen gegen den langjährigen Sanierungsstau. Falsch dimensionierte Neubauten aufgrund eines fehlenden Immobilienkonzeptes für den Schulbau und keine nachhaltige Vermögenserhaltung aufgrund eines fehlenden Unterhaltungskonzeptes in der Gebäudebewirtschaftung führen zu erhöhtem Ressourcenverbrauch und Belastungen des städtischen Haushalts. Im Bereich der Inklusion wurde nur die Barrierefreiheit als notwendig angesehen, neuartige Raumaufteilungen und Unterrichtsformen spielten dabei nur eine Nebenrolle. Nachhaltige Schulentwicklungskonzepte sind nicht erkennbar.

*Unter welchen Prämissen wird unter ihrer Leitung die strategische Immobilienentwicklung im Bereich des Schulbaus erfolgen (Investitionsstrategie) und welche Leitlinien werden Sie der Verwaltung bei der nachhaltigen Sicherung und Bewirtschaftung (konsumtive Haushaltsbelastung) der Schulgebäude vorgeben?*

Es kann nicht sein, dass ein Neubauviertel geplant und die dazugehörige und schon geplante (!) Grundschule wieder gestrichen wird, obwohl es sich um das kinderreichste Stadtviertel handelt und obwohl benachbarte Stadtteile bereits aus den Nähten platzende Grundschulen vorweisen. Hier hätte sogar eine einfache Bedarfsabschätzung ausgereicht. Zur Investitionsplanung: Der Schulgebäudebedarf ist langfristig zu planen. Schließlich kennen wir je nach Schulform schon sechs bzw. zehn Jahre zuvor die Geburtenrate, die für den Schulbesuch relevant werden wird, können Zu- und Abwanderungen aus der Statistik entnommen und weitere Bevölkerungsveränderungen ziemlich gut abgeleitet werden. Das ist alles kein Hexenwerk, so dass es unter meiner Verwaltungsführung gelingen wird, die nötigen Schulgebäudeinvestitionen langfristig im Haushalt einzuplanen. Dabei sind Schulen als Orte zu planen, an denen sich alle wohlfühlen und gerne lernen, das hat auch viel mit Architektur zu tun. Und ich gehe perspektivisch noch weiter: Sind Schulgebäude, wie wir sie kennen, wirklich nötig? In anderen Ländern gibt es interessante Anregungen, z.B. die Öffnung des Lernumfelds nach draußen, in die Stadt hinein. Vielleicht reden wir eines Tages nicht mehr von „quadratisch, eckig, gut“. Schulgebäude mit Differenzierungs- und Besprechungsräumen, die auch durch die Inklusion notwendig werden, sind heute wichtig und leider in den meisten Schulen immer noch rar, aber es darf und muss langfristig weiter gedacht werden. Zu den Betriebskosten im Ergebnishaushalt: auch hier sind kurz- mittel- und langfristige Ansätze in den Haushalt einplanbar. Natürlich gehört eine angemessene Ausstattung und Instandhaltung in die Pflichtaufgaben als Schulträger, entsprechende Maßnahmen sind durch Begehungen der zuständigen Abteilungen abzustimmen. Selbstverständlich würde ich mir auch einen persönlichen Eindruck verschaffen. Und der Schulausschuss sollte reihum in den Schulen tagen, so dass sich die politischen Entscheidungsträger von der Notwendigkeit geplanter Maßnahmen direkt überzeugen können. Die Leitlinien verfolgen hier das gleiche Ziel wie die Investitionen: Es geht darum, Schulen als Orte einzurichten, an denen sich alle wohlfühlen, gerne lernen und aufhalten.

# CLAUDIA KALISCH

### Frage 2: Infektionsschutz an Schulen

Die Schulen sollen wieder im Präsenzunterricht öffnen. Als Ungeimpfte sind Kinder besonders gefährdet, eine vierte Corona-Welle gilt es zu verhindern. Dabei können gem. Erkenntnissen der experimentellen Wissenschaft während des Unterrichts mobile Luftfilter gegen indirekte Infektionen und Plexiglas-Trennwände mit umlaufender Kante gegen direkte Infektionen schützen. Der Einsatz mobiler Raumluftfilteranlagen wird nun auch vom Land Niedersachsen als geeignetes Mittel zur Pandemie-Eindämmung an Schulen gesehen. Im Landkreis gibt es mittlerweile ein zaghaftes Pilotprojekt. Derweil versteckt sich die Verwaltung der Hansestadt Lüneburg hinter der noch ausstehenden Förderrichtlinie des Landes Niedersachsen.

*Mit wie viel Nachdruck werden Sie sich für schnellen und flächendeckenden Infektionsschutz durch mobile Luftfiltergeräte in Kombination mit Plexiglas- Trennwänden mit umlaufender Kante einsetzen?*

Kinder und Jugendliche sowie ihre Familien sind in der Pandemie deutlich zu kurz gekommen. Die Grüne Landtagsfraktion hat bereits im Juni 2020 einen umfassenden Antrag zur Verbesserung dieser Situation gestellt, der von der Großen Koalition abgelehnt wurde. Zu den Maßnahmen gehörten neben einer Unterstützung der Familien und Aufarbeitung der sozial- emotionalen Belastungen der Kinder die Verbesserung des Gesundheitsschutzes in den Schulen unter anderem durch Luftfiltergeräte. Ich plädiere hier für eine praktikable Lösung, und weil das zunächst wenig ‚schmackhaft‘ klingt, möchte ich kurz an einem Beispiel erklären, wie ich es meine: Die Landesregierung fördert Luftfiltergeräte nur in schlecht lüftbaren Räumen (ebenso der Bund), Fensterventilatoren hingegen sind auch in lüftbaren Räumen förderfähig. Für Fensterventilatoren ist Strom am Fenster notwendig und Handwerker\*innen, die diesen dort hinlegen, und andere Handwerker\*innen, welche die Ventilatoren in die Fenster einbauen. Bei unserem derzeitigen Handwerker\*innenmangel ist diese vom Kultusministerium präferierte Lösung inakzeptabel, da sie allerfrühestens im kommenden Mai umgesetzt wäre (und das ist optimistisch, schließlich sind Geräte und Leistungen auch noch auszuschreiben und zu beschaffen).

Es braucht ein Bündel an Maßnahmen zum Gesundheitsschutz. Dazu könnten Luftfiltergeräte in Kombination mit Plexiglas-Trennwänden mit umlaufender Kante beitragen. Ohne eine Unterstützung vom Land können diese Maßnahmen von den Kommunen jedoch finanziell nicht getragen werden. Bei finanzschwachen Kommunen wie Lüneburg gilt dies insbesondere, da wir Steuermittel an dieser Stelle nicht einfach einsetzen können, wenn sich die Infektionsschutzbehörde dagegen ausspricht und das Land die Förderung dieser Geräte als nicht notwendig einstuft. Beides ist bei den mobilen Luftfiltergeräten der Fall. Ich werde mich also dafür einsetzen, dass das Land hier deutlich stärker in die Pflicht genommen wird. Dabei weiß ich auch die Landeshauptstadt Hannover an meiner Seite. Wir Kommunen brauchen vom Land keine umständliche Förderkulisse, sondern konkrete Mittel zur Ausstattung der Räume. Dafür werde ich mich umgehend und vehement einsetzen.

### Frage 4: Inklusion und Förderschule

Ein großes Ziel heißt: Inklusion an allen Schulen. Gleichzeitig ist der Bedarf für reine Förderschulen weiterhin gegeben. In der Stadt Lüneburg existieren zwei Förderschulen, davon ist mit der Johannes-Rabeler-Schule eine in städtischer Trägerschaft. Die Nachfrage nach Plätzen an dieser Förderschule sowohl aus dem Stadtgebiet als auch dem Landkreis ist weiterhin hoch; der Erhalt aber bisher nur bis 2028 gesichert.

*Wie würden Sie sich für die notwendige personelle und materielle Ausstattung der Johannes-Rabeler-Schule entsprechend des Bedarfes in Stadt und Landkreis Lüneburg bis 2028 und, falls nötig, darüber hinaus einsetzen? Und: Wie lautet Ihr langfristiger Plan, die Inklusion an allen städtischen Schulen umzusetzen?*

Mein persönliches Ziel ist es, die Inklusion mit den Beteiligten gemeinsam weiterzuentwickeln. Auch hier plane ich durch die Initialisierung eines Runden Tisches die Kompetenzen der Lehrkräfte (und Schulleitung) der Johannes-Rabeler-Schule zum Thema Inklusion zu nutzen. Es ist mir wichtig, in eine wertschätzende Gesprächskultur einzusteigen. Gleichzeitig muss das Ziel von Beginn an transparent sein. Die Förderschulen Lernen laufen in Niedersachsen aus (Landtagsbeschluss). Wir können den in Lüneburg beantragten und von uns Grünen unterstützten Sonderweg vermutlich nur bedingt aufrechterhalten. Viele Familien sehen an den Förderschulen die beste Unterstützung für ihre Kinder mit Förderbedarf. Da die Inklusion an den Regelschulen vor allem an der personellen und sächlichen Ausstattung mangelt, möchte ich gemeinsam mit den Beteiligten diese Situation verbessern und gleichzeitig auf Landesebene auf eine bessere Ausstattung drängen. Der in diesem Jahr beschlossene und von der Grünen Landtagsfraktion initiierte interfraktionelle Antrag zur Verbesserung der Inklusion ist dafür eine gute Grundlage. Solange die Johannes-Rabeler-Schule Schüler\*innen betreut, braucht sie eine den Schüler\*innenzahlen angepasste angemessene Ausstattung, für die ich sorgen werde.

### Frage 6: Verantwortungsdiffusion

Beschwerden der Eltern bei den Elternräten drehen sich immer wieder darum, dass sich Angesprochene im Schulwesen und bei Schulthemen gegenseitig den Schwarzen Peter zuschieben, sei es bei Digitalisierung, Sanierung oder Pandemieschutz: Schulen, den Schulträgern, die Stadt dem Land, das Sozialdezernat dem Bauamt. Es zeigt sich der Wunsch nach strafferen Verwaltungsabläufen und klaren Verantwortlichkeiten für alle Belange im wichtigen Bildungsbereich.

*Wie lautet ihr Plan, die Verwaltung dahingehend besser aufzustellen?*

Ja, diese unterschiedlichen Zuständigkeiten sind ein Graus. Das fängt schon beim Bildungsföderalismus an und endet noch nicht einmal bei den Schulbezirken. Tatsächlich sehen Sie auch an meinen Antworten, dass es verschiedene Zuständigkeiten gibt, und dass eine Oberbürgermeisterin über bestimmte Themen nicht entscheiden darf. Wenn es allerdings um Dezernate in meiner Verwaltung geht, dann werde ich kein Hin- und Herschieben dulden. Sollte ich von einem solchen Verwaltungshandeln erfahren, werde ich eingreifen und die Abläufe sofort verändern. Bürger\*innennähe wird einer meiner wichtigsten Maßstäbe sein. Case Management ist dafür ein guter Weg. Ich habe viel Erfahrung in der Optimierung von Ablauforganisationen, sowohl in der öffentlichen Verwaltung als auch in der Wirtschaft. Hansestadt und Landkreis können meiner Meinung nach deutlich enger zusammenarbeiten und davon beide profitieren, was auch eine Verbesserung für die Einwohner\*innen von Stadt und Landkreis Lüneburg ergibt.

### Frage 8: Freizeit- und Kulturangebote

School's out: Als Stadtelternrat interessieren wir uns natürlich auch dafür, dass unsere Kinder nach der Schule ausreichend Freizeit- und Kulturangebote bekommen. Hier hat sich Lüneburg in den vergangenen Jahren zurückentwickelt. Das Gebäude des Jugendzentrums soll zugunsten exklusiven Wohnraums verkauft werden, die letzte Diskothek Lüneburgs hat 2020 geschlossen, feiernde Jugendliche sind mit vielen Verboten und Einschränkungen konfrontiert.

*Wie machen Sie Lüneburg wieder jugendfreundlicher?*

Von Beginn an habe ich mich gegen die Verbotskultur am Stint und später auch an der Universität eingesetzt. Wir müssen in unserer Stadt neben Nachmittagsangeboten, wie z.B. dem Breitensport, auch im Abendbereich Möglichkeiten schaffen, die zum lockeren Zusammensein einladen. Ausschreitungen wie am Stint sind natürlich nicht zu tolerieren! Die aktuell gültigen Gesetze bieten hier Eingriffsmöglichkeiten: So sind u.a. Drogenkonsum, Ruhestörung und Vandalismus auch ohne Allgemeinverfügung nicht akzeptabel und mit allen Mitteln strikt zu unterbinden. Es kann eben auch nicht sein, dass Anwohner\*innen am Stint bedroht und beschimpft, ihre Eingänge demoliert werden. Für die Zukunft wäre mir hier eine enge Zusammenarbeit mit den Schulen wichtig und die Einführung eines Nachtbürgermeisters, der präventiv und vermittelnd für ein friedliches Zusammensein betragen könnte. Wir haben viele Plätze in der Stadt, die besser genutzt und auch für unsere Jugend attraktiver gestaltet werden können, so dass sie zum Verweilen für jung und alt einladen. Der Verkauf des Jugendzentrums Stadtmitte war ein Fehler. Ich möchte langfristig wieder ein selbst verwaltetes Haus der Jugend schaffen und mich dafür schnellstmöglich um eine Immobilie bemühen. Durch echte Beteiligung von Jugendlichen möchte ich zudem ihre Ideen in die Stadtpolitik bringen. Wir Grüne haben auch ein eigenes Budget geplant, das zur Umsetzung der Ideen der Jugendlichen dient.